

Alex Demirović

Die Soziologen auf der Suche nach ihrer Disziplin

Zur Genealogie eines Wissenschaftsbildes (1945-1961)*

Zusammenfassung: Es geht in diesem Aufsatz um die Geschichte der westdeutschen Soziologie in der Nachkriegszeit. Gezeigt werden soll, wie die Soziologie als akademische Disziplin eingeführt wurde, welche Interessen der Soziologen hinter dieser Etablierung lagen, wie sich die westdeutsche Soziologenzunft fortan auf einem bestimmten, eingegrenzten, sozialen Feld bewegte. Diese Geschichte ist nicht nur für Soziologen, sondern darüber hinaus interessant, weil Demirović klarmacht, daß die Soziologie nicht aus ihr immanenten Gründen »links« wurde, sondern nur aufgrund bestimmter politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen fortan mit dem Projekt einer demokratisch-aufgeklärten Politik assoziiert werden konnte.

Stehen die Soziologen als Soziologen am Rande der Gesellschaft und können aus diesem Grunde als gesellschaftskritische, aufklärerische und als per se demokratische Intellektuellengruppe gelten? Oder sind sie eigentlich – gemäß der historischen Entwicklung ihres Faches – konstitutiv mit Tendenzen der gesellschaftlichen Restauration verbunden und evtl. sogar als Sozialtechnologien deren aktive Betreiber? Fragen dieser Art nach der sozialen und politischen Funktion der Soziologie wurden unter Sozialwissenschaftlern in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gestellt und z.T. sehr gegensätzlich beantwortet. Da war die Soziologie bei den einen konformistisch (Sontheimer 1956) und konservativ (Dahrendorf 1958) oder gar aus dem Geist der Restauration entstanden und konterrevolutionär (vgl. Spaemann 1959), während sie anderen als aufklärerisch galt (König 1959) und gar nicht konservativ sein konnte (Mayntz 1961). Ist im einen Fall die Soziologie Ordnungswissenschaft (Negt 1974), so ist im anderen der Soziologe »immer unbequem«, und es ist für ihn unmöglich, die Normen der Gesellschaft, in der er lebt, nicht in Frage zu stellen (Dahrendorf 1965). Der SDS forderte 1967: Schafft die Soziologie ab! Die am aktiven Streik 1969 beteiligten Soziologiestudenten in Frankfurt dagegen glaubten, daß sie »eher einen 'bekämpfungswürdigen' Unsicherheitsfaktor bestehender Herrschaftsstrukturen« (zit. nach Krüger 1972) darstellten.

* Für Hinweise, Hilfe und Diskussionsbereitschaft möchte ich Hans Kastendiek, Hermann Kocyba, Herfried Münkler, Karl Remmele und Heinz Steinert danken; besonders aber Hans Grünberger und Andrea Maihofer, ohne deren Hilfe der vorliegende Aufsatz nicht hätte realisiert werden können, und dem Institut für sozialwissenschaftliche Untersuchungen, das die Arbeit an dem Thema gefördert hat.

Doch die Frage, stark vereinfacht, ob die Soziologen qua Profession links, fortschrittlich und demokratisch oder rechts, konservativ und restaurativ sind, kann nicht ungeachtet der Praxis von Soziologen beantwortet werden. Normative Auffassungen von Soziologie als einer an sich kritischen Disziplin führen zwangsläufig zu Vereinfachungen und – manchmal sogar gegen die Absicht der Verfasser – zu Verharmlosungen der Praxis von Soziologen. So glaubt Freund, das Verhalten von Soziologen im Nationalsozialismus dadurch erklären zu können, daß sie sich in den subtilen Propagandadienst der Sozialbiologie gestellt hätten und auf eine »völkische Gesellschaftsschau« und den Nationalsozialismus hereingefallen wären (Freund 1987, S. 138, vgl. S. 151). Daß Soziologen gerade als Soziologen und mit den Mitteln ihrer Disziplin ganz systematisch und aktiv an der Machtergreifung der Nazis und dann an ihrer Rassen- und Eroberungspolitik beteiligt waren und diese teilweise auch vorgedacht und konzipiert haben, gerät dabei aus dem Blick. Das gilt a fortiori für die kontrafaktische Behauptung, die deutschen Konservativen müßten zwangsläufig antisozialogisch eingestellt sein und fundamentale Erkenntnisse der Sozialwissenschaften leugnen (vgl. Brunkhorst 1987, S. 51 f. und Guha in der FR vom 30.11.1987).

Vereinfachungen solcher Art verfehlen die Einsicht, daß Denken und Wissen selbst als soziale Praxis und gesellschaftliches Kräfteverhältnis begriffen werden müssen. Mehr noch, es wird eine konkrete Forschungsperspektive verstellt, die sich in soziohistorischen Analysen der Entwicklung sozialwissenschaftlicher Aktivitäten in den letzten Jahren allmählich herausbildete (vgl. Klingemann 1986; Lepsius 1981; Papcke 1986; Rammstedt 1986; Waßner 1988; Weyer 1984). Bemühungen dieser Art zielen vor allem darauf, die Soziologie aus dem häufig vermuteten und manchmal beschönigenden Stand der Unschuld des Geistes herauszuziehen und zu zeigen, daß Soziologen, indem sie sich um Gesellschaftsdefinitionen, die Bildung von Wissenschaftskonzepten und unterschiedliche Forschungspolitiken streiten, selbst Teil der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Auseinandersetzungen sind. Was genau von diesen soziologischen Kontroversen für die gesellschaftliche Entwicklung abhängt, ist bislang allerdings empirisch schwer zu zeigen (vgl. Beck, Bonß 1984); vor allem die spezifischen Rezeptionen sozialwissenschaftlicher Erklärungen und Empfehlungen und die aus ihnen gezogenen Konsequenzen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. der Industrie oder den Staatsapparaten, sind relativ unbekannt (vgl. jedoch neuerdings die Arbeit von Schuster 1987). Es ist aber angebracht, die (Wissens-)Politiken von sozialwissenschaftlichen Intellektuellen und ihre unterschiedlichen gesellschaftlichen Aktivitäten und Definitionsgewalten zu analysieren.

Die zentrale Aktivität professioneller sozialwissenschaftlicher Intellektueller in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist die Verständigung der Gesellschaft über sich selber. Dieser Tatsache entspricht eine der geläufigen Definitionen der Soziologie, wonach sie das Bewußtsein und Gewissen der Gesellschaft ist. Allerdings kann 'Gesellschaft' nicht einfach als gemeinsamer Bezugspunkt unterstellt werden, ist sie

doch ihrerseits Ergebnis der Aushandlung und Kompromißbildung zwischen verschiedenen antagonistischen und pluralen Lebensformen. Sozialwissenschaftler können als Repräsentanten und Akteure dieses Aushandlungsprozesses zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen angesehen werden, die mit ihren jeweiligen Gesellschaftskonzepten die Lebensweise einer sozialen Klasse oder Gruppe verallgemeinern.

Wenn sich kapitalistische Gesellschaften in der Form soziologischen Wissens auf sich selbst beziehen und in diesem Selbstbezug auch eine Vielzahl der Gesichtspunkte ihrer weiteren Entwicklung bestimmt werden, ist es naheliegend, daß auch staatliche Politiken in dieses Selbstverhältnis eingehen. Dabei kommt es aber zu einer Umkehrung. Denn da das staatliche Behördenwissen strukturell autistisch ist (vgl. MEW 1, S. 185, Luhmann 1981), stellt sich für die staatliche Organisation die dringende Frage, was sie von der Gesellschaft wissen und ob die sozialwissenschaftliche Forschung ihr hier nicht wichtige Orientierungen geben kann. Die Frage nach dem Wissen des Staates beschäftigt die aktuelle staatstheoretische Diskussion, und sie wird ausdrücklich auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Organisation sozialwissenschaftlichen Wissens gestellt:

»What we need are studies that go beyond nonhistorical analyses of knowledge utilization... Fresh insights are most likely to be found through historical and comparative investigations of the various ways in which governmental structures and activities have affected the intellectual development and social organization of the social sciences themselves, as well as their policy applications.« (Evans u.a. 1985, S. 359)

In eine solche Richtung verfolgt, scheint sich das Problem zunächst auf den Nachweis zu beschränken, daß die Organisation der Sozialwissenschaften und deren Theoriebildung durch den Staat bestimmt und beeinflußt wird. Eine stärkere These wäre, daß der Staat sozialwissenschaftliches Wissen nicht nur affiziert, sondern, insofern er es organisiert, auch für seine Form konstitutiv ist (vgl. Freund 1987). Auf diese Weise ist das Wissen der 'Gesellschaft' von sich selber so beschaffen, daß es keine Konkurrenz zum staatlichen Definitionsmonopol darstellt, sondern eine für administrative und politische Akteure geeignete apodiktische und approbierte, wissenschaftlich autorisierte Form annimmt. Die sozialwissenschaftliche Selbstdefinition kapitalistischer Gesellschaften wäre also staatlich organisiert.

Eine solche Beziehung von staatlichen Instanzen und Sozialwissenschaften soll hier aber nicht als Subsumtion letzterer unter den Staat verstanden werden, so daß sie auf staatliche Hilfswissenschaften reduziert würden, sondern als eine Erweiterung des staatlichen Feldes um einen weiteren Kanal der gesellschaftlichen Willensbildung. Damit wird das staatliche Feld selbst transformiert. Die Auseinandersetzung von Intellektuellengruppen um die Bildung konsensrelevanter und damit praktischer Begriffe des gesellschaftlichen Selbstverständnisses nehmen im staatlichen Feld die Form einer Konkurrenz an. Sie bedrohen das staatliche Definitionsmonopol gesellschaftlicher Situationen und Entwicklungstendenzen nicht, sondern erweitern es um eine Vielzahl von möglichen Gesichtspunkten, Orientierungen, Optionen und Alter-

nativen. So können Sozialwissenschaften und Soziologie als Medien und Redegenres aufgefaßt werden, in denen eine Vielzahl unterschiedlicher und gegensätzlicher Sozialwissenschaftlergruppen miteinander konkurrieren. In der Konkurrenz um Positionen innerhalb der sozialwissenschaftliche Medien streiten sie sich gleichzeitig um ihre Stellung zu den staatlichen Entscheidungsinstanzen, um die Form der Redegenres, die Begriffe der gesellschaftlichen Selbstbeziehung und die staatliche Rationalität.

Von einer Erweiterung des Staates soll hier, im Sinne Gramscis, deswegen gesprochen werden, weil diese sozialen Auseinandersetzungen trotz der weitgehend staatlichen Wissenschaftsorganisation in der Bundesrepublik einen 'privaten' Charakter haben. Die relevanten Begriffe des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, die positionale Konkurrenz und der soziale und theoretische Zusammenhang von Intellektuellengruppen hängen von der Initiative und Aktivität der professionellen Intellektuellen selbst ab, die diese sozialwissenschaftlichen Redegenres praktizieren.

Soziologie als ein Kanal der gesellschaftlichen Willensbildung hat als solche keinen epistemischen Kern, der von der Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Intellektuellen akzeptiert werden könnte, sondern sie ist das Medium, in dem eine Reihe von Gesellschaftstheorien mit ganz verschiedenen 'Gesellschafts'-Begriffen und -Empirien miteinander konkurrieren. Für das Selbstverständnis einer Gesellschaft ist es folglich von entscheidender Bedeutung, welche sozialwissenschaftlichen Konzepte sich gegenüber anderen behaupten, durchsetzen, verallgemeinern und die Form ihrer Selbstbezüglichkeit, also den Prozeß ihrer ständigen Selbstveränderung organisieren.

Die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Aushandlung von Gesellschaft und ihrem Selbstbezug ist in der Bundesrepublik, so soll im folgenden gezeigt werden, in den 50er Jahren in starkem Maße durch die Versuche sozialwissenschaftlicher Intellektueller gekennzeichnet, Soziologie im staatlich organisierten Wissens- und Wissenschaftsfeld als eigenständige Disziplin und eigenes Redegenre durchzusetzen. Diese Reorganisation des staatlich vermittelten Wissens der Gesellschaft über sich selbst in Form der Soziologie war in der konkreten historischen Konstellation der 50er Jahre, um die obige Frage nach der politischen Richtung der Soziologie aufzunehmen, progressiv. Der Vorgang der Bündelung der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Definitionsgewalten in einer homogenen universitären Disziplin verschob das sozialwissenschaftliche Wissenschaftsfeld in eine demokratische Richtung. Es läßt sich eine Bewegung von einer sozialhygienisch orientierten und disziplinär unterbestimmten zu einer schärfer profilierten und kritischen Disziplin ausmachen.

Am Beispiel einiger sozialwissenschaftlicher Positionen der Nachkriegszeit soll zunächst gezeigt werden, wie Sozialwissenschaftler ihre Funktion zwischen Gesellschaft und Staat bestimmten, um auf diese Weise den staatlichen Instanzen die Notwendigkeit der Etablierung der Soziologie zu demonstrieren (1). Daraus ergaben sich als unmittelbar miteinander verknüpfte Desiderate die Nachwuchsrekrutierung

und die Formierung eines disziplinären Profils. Versuche, ein disziplinäres Profil zu entwickeln und sozialwissenschaftliche Konzeptionen zur Soziologie zu vereinheitlichen, wurden nun nicht, wie zu vermuten nahe läge, auf dem Gebiet wissenschaftstheoretischer Präzisierungen unternommen, sondern nahmen die Form wissenschaftspolitischer Auseinandersetzungen um die Professionalisierung an. Da der Durchsetzung des Diplomstudiengangs für Soziologie dabei eine Schlüsselfunktion zukam, soll dieser Vorgang in einigen Aspekten dargestellt werden (2). Erst nach einer Abgrenzung und Durchsetzung der Soziologie im Feld der universitären Disziplinen begannen methodologische Diskussionen, die das gewonnene disziplinäre Feld stabilisierten und die Frage nach der politischen Orientierung zum Gegenstand offener Kontroversen machten. Sie können als eine Art Positivismusstreit *avant la lettre* bezeichnet werden (3).

I

Soziologie galt im Nationalsozialismus als eine Disziplin zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaft. Diese wurde als Gegensatz zum Staat und durchzogen von gegensätzlichen und partikularen Interessen verstanden. Die nationalsozialistische Revolution sollte aber die Gesellschaft in den Staat als das umgreifende Allgemeine oder, weiter noch, in das Reich aufnehmen. Aus einer solchen Entwicklungsperspektive ergab sich der Zwang, zu begründen, warum Soziologie überhaupt noch erforderlich war. Zunächst wurde als eine ihrer Funktionen die Erkenntnis der sozialen Tendenzen und Gruppen angegeben, die sich der nationalsozialistischen Revolution widersetzen. Weiter wurde die Notwendigkeit der Soziologie in der Information der Führungsstäbe gesehen. Die Soziologie sollte die sozialen Entwicklungen aller anderen Staaten wie des eigenen genauestens beobachten und die Ergebnisse der Führung als fundierte Grundlage von Entscheidungen zur Kenntnis bringen. Doch um die neuesten Entwicklungen in den verschiedenen Ländern überhaupt beobachten zu können, müßte es eine universelle Soziologie geben, die methodisch in der Lage wäre, die dortigen Soziologien als Mittel zur Beobachtung des eigenen Staates wie anderer Staaten aufzufassen (Golopentia 1937, S. 22 ff.).

Soziologie, so könnte man auf den ersten Blick glauben, wird hier von den Soziologen selbst lediglich als untergeordnete Informationswissenschaft verstanden, die der nationalsozialistischen Führung nahelegen, ihre Nützlichkeit für das Regime anzuerkennen. Doch einige bekannte Soziologen wollten offensichtlich mittels der Soziologie die Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes steuern. Soziologie als Medium der Information der Staatsführung und Feinderkennung wurde in dem Augenblick zu einer autonomen neben-staatlichen Definitionsgewalt und normativ verpflichtend, wo sie nicht nur die Entscheidungsgrundlagen erarbeitete, sondern auch die Rationalität des »Führertums« im Hinblick auf die Entwicklungsrichtung der nationalsozialistischen Revolution und die Volkwerdung berechtigt war zu un-

tersuchen (so Freyer 1935, S. 143). Darüber hinaus aber wurde sie als die Instanz bestimmt, die längerfristig über die Führerauslese, also über die Rekrutierung der Funktionäre des Regimes, die Definition des Feindes, den Entwicklungsstand der Revolution und die Probleme der 'Gesellschaft' zu entscheiden haben sollte (vgl. Pfeffer 1939, S. 129 ff.).

Die sozialwissenschaftlich-soziologische Forschung, durch ihre Aufgaben der Information und der Feinddefinition und -suche bestimmt, wird von nationalsozialistischen Soziologen regelrecht als ein Medium der öffentlichen Willensbildung konzipiert. Eine objektiv arbeitende und weder »von den Interessenten und Kräften der einzelnen Sachgebiete, noch von den Auffassungen der jeweilig wechselnden Zusammensetzung des Regierungskörpers und Verwaltungsapparats« abhängige Informationseinrichtung »ist vor allem in einem Staate erforderlich, der in seiner Grundanlage auf dem Führungssystem beruht und ein Korrektiv durch parlamentarische oder publizistische Einrichtungen nicht mehr vorsieht« (Ohlendorf 1945, S. 534 f.; vgl. auch Rammstedt 1986, S. 155). Gerade weil die sozialwissenschaftliche Information der Staatsführung untergeordnet wäre, müßte sie von ihr in gewisser Weise unabhängig und an der Idee des Gemeinwohls orientiert sein. So läuft die von Ohlendorf vorgeschlagene verwaltungsunabhängige, laufende Beobachtung der Entwicklung, die die verschiedensten Probleme umfassend betrachten, die »Voraussetzungen einer regelnden Führung der einzelnen Sachgebiete« erkennen und die »Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen« berücksichtigen können soll, auf eine Kontrolle und Orientierung der Staatsführung auf der Ebene systematischer Vorgänge hinaus (vgl. auch Golopentia 1937, S. 29).

Mit der Ausbildung einer sozialwissenschaftlichen geregelten Willensbildung wurde die Notwendigkeit einer deutlich umrissenen wissenschaftlichen Disziplin eng verknüpft, damit »Vertreter 'benachbarter' Disziplinen« das mit der nationalsozialistischen Machtergreifung einhergegangene Verschwinden der Soziologie nicht »zur Erweiterung ihrer eigenen akademischen Einflußsphäre sowie dazu (benützen könnten; A.D.), diese zum Soziologie-Ersatz zu erheben« (Golopentia 1937, S. 7). Es gab auch eine breite sozialwissenschaftliche Praxis (allein für das Amt Ohlendorf waren schätzungsweise dreitausend Personen sozialwissenschaftlich tätig; vgl. Rammstedt 1986, S. 156, zur Vielzahl der jeweils politischer Instanzen zugeordneten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute s. Klingemann 1986). Dennoch ist es unter dem Nationalsozialismus wegen der polykratischen Machtstruktur, die eine geregelte Willensbildung nicht zuließ, und der Auflösung eines deutlich umrissenen Staatsgebildes nicht zur Ausbildung eines eindeutigen disziplinären Profils gekommen.

Daß es unter dem Nationalsozialismus und als Ergebnis seiner Herrschaft disziplinäre Überlagerungen und Überschneidungen auf dem Feld einer potentiellen Soziologie gab, wurde in der Nachkriegszeit häufig erwähnt, wenn auch mit unterschiedlichen Bewertungen. Carl Jantke faßte die »Hinwendung« von Soziologen zu Fragestellungen anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen »unter zum Teil

höchst merkwürdigen thematischen Bezeichnungen« und die »damit zusammenhängende eigentümliche Neigung zum Überschreiten der Fachgrenzen« als eine Flucht vor der sozialwissenschaftlichen Aktualität« und einen Verrat an der Wahrheit auf (Jantke 1956, S. 27 f.). In demselben Vorgang sah Schelsky eine Form von innerem Widerstand, der es den Soziologen ermöglichte, unbehelligt ihre Fragestellungen weiter zu verfolgen (vgl. Schelsky 1950, S. 5 f.). Max Hildebert Böhm, einer der Betreiber einer nationalsozialistisch orientierten Soziologie, hielt die disziplinäre Uneinheitlichkeit für ein Selbstverschulden der Soziologie, verursacht einmal durch eine »oft übertriebene Beteiligung jüdischer Elemente«, zum anderen durch ein »Übermaß an verwirrendem Methodenstreit und durch formalistischen Leerlauf« (Böhm 1946, S. 1).

Sternberger hingegen erklärte in seinem im Auftrag der Library of Congress verfaßten und 1950 abgeschlossenen Überblick über den Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland das verwirrende Bild der Sozialwissenschaften in Deutschland allgemeiner mit der historisch lange wirkenden Struktur des deutschen Universitätssystems. Der Grund für die Unübersichtlichkeit der Forschungspraxis in der Nachkriegszeit sah er darin, daß die Soziologie an den deutschen Hochschulen entweder keinen festen Platz innehatte oder untergeordnet war unter andere Disziplinen wie Ökonomie, Recht, Medizin, Theologie und Kulturanthropologie. Als Sozialwissenschaften nannte Sternberger Sozialphilosophie, Statistik und Soziographie, Soziologie, Sozialpsychologie und medizinische Soziologie, Sozialpolitik, Arbeitswissenschaft und schließlich die Analyse der öffentlichen Meinung. Diese Fächer waren seiner Meinung nach deswegen in verschiedenen Fakultäten untergebracht, weil die Anordnung der Wissenschaften in Deutschland nicht vom »lebendigen Gegenstand, ja von der pragmatischen Funktion in der wirklichen Gesellschaft« ausging, sondern »traditionellerweise durch die Kategorien und Methoden der Erkenntnis bestimmt wird« (Sternberger 1950, S. 2 f.). So stellte die traditionelle Wissenschaftsorganisation ein enormes Hindernis dar, »alle diejenigen Bemühungen zu sammeln, die mit oder ohne Willen das wirkliche gesellschaftliche Leben prägen, beeinflussen oder auch behandeln« (ebd., S. 6). Sternberger zitiert einen Brief von Alois Dempf, der als Berichterstatter an ihn schreibt:

»... daß die Soziologie in Deutschland nur in Einzelköpfen existiert, daß sie praktisch eine verbotene Wissenschaft ist dank ihrer negativen Privilegierung mit fehlenden Lehrplänen und Prüfungsordnungen und der Schwierigkeit, eine neue Disziplin zwischen den Fakultäten zu plazieren« (ebd., S. 31).

Während die meisten Sozialwissenschaftler aus dieser schwachen Stellung der Soziologie im universitären Fächerkanon die, wie noch gezeigt werden soll, naheliegende Schlußfolgerung zogen, sie zu stärken, sah Alfred Weber in jener von Sternberger angesprochenen Universitätsstruktur eine der Ursachen für das Versagen der deutschen Intellektuellen vor dem Nationalsozialismus. In seinem Vortrag vor der Deutschen Hochschule für Politik 1950 betonte Weber, daß er die Sozialwissenschaften historisch für eine Notlösung hält – Ergebnis der Flucht der Intellektuellen

aus der Politik angesichts der Bismarckschen Beseitigung der parlamentarischen Demokratie.

»Dieses Absterben der politischen Wissenschaft ist die Konsequenz des Sieges des Machtgedankens ... Und wenn Politik als allgemeiner Gegenstand der Wissenschaft verschwand und sich in politisch ausgerichtete Sozialwissenschaft kontrahierte, so war auch diese autoritär angekränkt ... Für politisch interessierte Wissenschaftler blieb im ganzen allein der Weg in den Verein für Sozialpolitik. Wir wurden also Sozialwissenschaftler, Leute ohne politischen Einfluß, ohne Verbindung mit der politischen Praxis...« (Weber 1950, S. 5 f.)

Der daraus folgende Mangel an politischer Bildung und die fehlende unmittelbare Verbindung der sozialwissenschaftlichen Intellektuellen mit »der Masse und der Straße« waren, Weber zufolge, schließlich die wesentlichen Gründe für den Sieg des »Autoritarismus« der Generäle und Hitlers (ebd., S. 6 f.). Aus dieser Kritik an der Soziologie als einer politisch unverbindlichen Wissenschaft hatte Weber schon unmittelbar in der Nachkriegszeit die Konsequenz gegen eine institutionelle Stärkung der Soziologie gezogen. Sternberger berichtete, daß Alfred Weber unmittelbar nach dem Krieg die Zurücknahme der sozialwissenschaftlichen Fakultät in die philosophische Fakultät betrieb, um »den Anschluß an die Universalität der Geisteswissenschaften, zumal an Philosophie und Geschichte, zurückzugewinnen, eine definitive Absonderung und »Pragmatisierung« ... zu hindern« (Sternberger 1950, S. 2).

Weber stand der Soziologie als Disziplin und ihren Ordnungsvorstellungen kritisch gegenüber. Offensichtlich befürchtete er, sie würde die vorherrschende Tendenz der Rationalisierung und Vermassung eher noch stärken, und förderte deswegen eine Umorientierung hin zur politischen Wissenschaft. Demgegenüber setzten eine ganze Reihe von Sozialwissenschaftlern Konzeptualisierungsversuche fort, denen zufolge die Soziologie als ein Kanal der politischen Willensbildung in ein geregeltes Verhältnis zur offiziellen Ebene der Politik gebracht werden sollte. Auch in der Nachkriegsdiskussion finden sich daher beide Komponenten der Selbstbegründung der Soziologie gegenüber staatlichen Instanzen: Die Selbstunterordnung der sozialwissenschaftlichen Forschung mit dem Hinweis auf ihre Nützlichkeit für die Erhaltung der Ordnung und einen stabilisierten Wandel gemäß staatlichen Imperativen und zugleich die implizierte Bindung staatlicher Politiken an sozialwissenschaftliche Ordnungsvorstellungen. Mit dem von Sozialwissenschaftlern vorgetragenen Nachweis der Notwendigkeit ihres Wissenstyps für die staatliche Entscheidungsfindung und gesellschaftliche Reproduktion war meist der Hinweis auf den dringlichen Bedarf an sozialwissenschaftlichen Nachwuchskräften und daher eine Professionalisierung vor allem der Soziologie eng verbunden (vgl. zum folgenden auch Demirović 1988).

Am entschiedensten wird dieser Zusammenhang von Soziologie als staatlicher Beratungsinstanz, Normierung der politischen Willensbildung und Notwendigkeit der Professionalisierung von dem bis weit in die 50er Jahre einflußreichen Leopold v. Wiese vorgetragen und verbandspolitisch verfolgt. Er hatte bereits 1946 mit Hilfe seiner sehr guten amerikanischen Beziehungen die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und die Kölner Zeitschrift für Soziologie wieder gegründet. v. Wiese hatte

dabei die Vorstellung, die von ihm als Gegenstandsbereich der Soziologie bestimmten zwischenmenschlichen Beziehungen als einen ordnungspolitischen Bezugspunkt jenseits der Ismen von Liberalismus und Marxismus zu entwickeln (vgl. v. Wiese 1946, S. 30). Für ihn war die Zeit der allgemeinen Sklaverei der weißen Rasse als irdisches Gesamtlos angebrochen, das seit den frühen 20er Jahren Europa wie eine Krankheit befiel. Die Krankheit wäre die allgemeine »Verknechtung des Menschen durch abstrakte Zwänge«, seine Umwandlung »in eine Ziffer« und die Beerdigung seiner Seele unter Papier (Wiese 1946, S. 27), kurz der Kollektivegoismus und die Unwissenheit über die Quelle dieses Übels. Die sich daraus ergebende Aufgabe »für die kommenden Generationen ist die Ausdehnung altruistischer Denk- und Gefühlsweise auf die sozialen Gebilde« (ebd., S. 38). Verhindert werden soll die skizzierte bedrohliche Entwicklung durch einen gewaltigen sozialwissenschaftlichen Apparat, einen »weltlichen Vatikan«, der Praxis und Theorie der allgemeinen Administration miteinander verbände. Hier werde mit Hilfe der Soziologie als »Fundament der Regierungs- und Verwaltungskunst« (ebd., S. 35) ein Gesamtsystem der sozialen Prozesse erstellt, mit dem jede Gesetzesvorlage, Verordnung, Staatsvertrag etc. verglichen werden müsse.

Soziologen kommt bei einer solchen sozialtherapeutisch orientierten, umfassenden Beratung und Planung also eine zentrale Aufgabe zu, geben sie doch politischen Entscheidungen als Experten die normativen Gesichtspunkte für das zwischenmenschliche Zusammenleben vor. So ist es naheliegend, daß v. Wiese sich für die Einrichtung eines eigenständigen sozialwissenschaftlichen Studiums stark machte, dessen Ausbildungsziel sich an der Berufslaufbahn des Sozialbeamten, Wohlfahrtspflegers, Fürsorgers, Gewerkschaftssekretärs etc. zu orientieren hätte (vgl. Wiese 1948, S. 106). Die Sozialwissenschaften müßten vor allem 'aus dem sie beengenden traditionellen Rahmen einer ökonomisch orientierten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät befreit werden, die den Studenten mit überflüssigen Prüfungsanforderungen belaste. Seiner Meinung nach war es falsch, sozialethisch aufgeschlossene Studenten im Lesen von Bilanzen auszubilden. Denn nur von speziell ausgebildeten Studenten könnte erwartet werden, daß sie die »Notwendigkeit der Existenzerhaltung« des sozialen Lebens als eigene Dimension verstünden und nicht auf Ökonomie reduzierten. In einer einzurichtenden eigenständigen sozialwissenschaftlichen Fakultät würde sich demnach die Ordnung der Fächer umkehren müssen und Soziologie als die Grundlagenwissenschaft vom Zusammenleben der Menschen den Vorrang vor allen anderen Fächern haben.

v. Wieses Konzeption einer von Soziologen überwachten und geplanten stabilen Entwicklung der Gesellschaft war einer Reihe anderer 'konservativer' Soziologen gleichzeitig zu zentralistisch am Staat und zu fachspezifisch an einer formalen Soziologie orientiert. Auf diese Weise konnte – so der Einwand – die Eigeninitiative ebensowenig berücksichtigt wie umfassendes empirisches Wissen erarbeitet und eingesetzt werden. Schelskys Planstaats-Konzept ging demgegenüber davon aus, daß der Staat nur eine geplante Ordnung setzt, in deren vorgesehenen Spielräumen

sich die freie Tätigkeit der Einzelnen entfaltet. Die Gesellschaft wird in eine Vielzahl von planstaatlich organisierten Selbstverwaltungskörperschaften aufgegliedert, in denen sich das spezifische deutsche Freiheitsstreben als vorausschauende staatliche »Zucht und Planung« entfaltet (Schelsky 1947, S. 78; vgl. dazu Schäfer 1988). Der Planstaat bestehe also darin, in einer Vielzahl von Selbstverwaltungsorganen die zukunftsbestimmende Eigeninitiative zu organisieren. Als eine dieser von privater Initiative getragenen, aktiven und planenden Körperschaften wird von Schelsky offensichtlich die Sozialforschung verstanden. Denn deren von politischen Kräften von außen betriebene Restaurierung, so läßt sich seine später vorgebrachte Kritik verstehen, muß die in ihr inkorporierten Elemente der Initiative und Planung ignorieren. Mit der Folge, daß der angewandten Soziologie eine eigene »soziale Potenz« fehlt, die es ihr unmöglich macht, die Rolle einer »echten 'pouvoir neutre' von Gewicht innerhalb der sozialen und politischen Auseinandersetzungen bei uns (zu) spielen« (Schelsky 1950, S. 6). Dafür sieht er zwei Gründe. Zum einen versuchen Politiker, die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung sich unmittelbar ihren politischen Zielen zunutze zu machen. Das ist teilweise auch den Soziologen geschuldet, die die Nützlichkeit ihrer Forschung für die Verwaltungspraxis anpreisen. Damit gerät die Soziologie nicht nur unmittelbar in die politischen Spannungen hinein, sondern wird auch nur in dem Maße gefördert, wie von ihr entsprechende Ergebnisse erwartet werden können. Zum anderen ist die Orientierung der Soziologie an kulturphilosophischen und vorrangig theoretischen Fragestellungen ein Hindernis für die Ermöglichung großer Forschungsprogramme, da sie das Bild prägten, das sich die »Vertreter anderer Wissenschaftsgebiete in Deutschland heute von Soziologie« machten – und von denen meist die Förderung soziologischer Forschung abhinge. Das negative disziplinäre Bild blockiert darüber hinaus die Rekrutierung des sozialwissenschaftlichen Nachwuchses, weil dessen Existenz, soweit er im Bereich der angewandten Soziologie tätig ist, von der »offiziellen Universitätswissenschaft« gar nicht zur Kenntnis genommen wird.

»Nehmen Sie allein die Tatsache, daß man zwar laut das Fehlen an soziologischem Nachwuchs beklagte, daß aber praktisch kaum eine Möglichkeit vorhanden war, sich etwa an deutschen Hochschulen für Soziologie zu habilitieren, daß Dozenturen, Assistentenstellen usw. nur in einer im Verhältnis zu anderen Fächern verschwindenden Anzahl zur Verfügung standen.« (ebd., S. 10).

Es mußte also ein Kampf um das Wissenschaftsbild der Soziologie geführt werden. In den Überlegungen von Otto Neuloh, Ende der 40er Jahre Schriftleiter der Sozialen Welt und Geschäftsführer und Abteilungsleiter der Sozialforschungsstelle Dortmund (vgl. Weyer 1984, S. 207 ff.), ist jener Kampf eng verbunden mit einer allgemeinen Transformation des Wissenschaftssystems, mit der Eigeninitiative der Soziologen und schließlich einer an sozialhygienischen Ordnungsvorstellungen orientierten Umgestaltung der Gesellschaft. Da Neuloh zufolge andere Wissenschaftszweige davon profitierten, daß es noch kein sozialwissenschaftliches Studium gäbe, forderte er eine Reform der Hochschulen im Sinne der Sozialwissenschaften. Dabei ging der davon aus, daß es einerseits Studenten gäbe, die ein

Interesse an der Übernahme sozialer Verantwortung hätten und von einer »Grund-einstellung des Helfens und Heilens am Sozialkörper durchdrungen« wären (Neuloh 1950, S. 95). Und er sah andererseits Gefahren aus Spannungen und unorganischen Entwicklungen zwischen Großbetrieb, Familienleben und Gemeinde entstehen. Entscheidend war seiner Meinung nach, »daß in den einzelnen Blutbahnen des gesellschaftlichen Lebens die sozial aufbauenden Stoffe und Kräfte sich durchsetzen« (ebd., S. 100 f.). Die Sozialforschung sollte aber nicht länger nachträglich »heilend« eingreifen, sondern antizipierend wirken und damit Mittel sparen helfen. Die Gesundung des gestörten Kreislaufs von Wirtschaft und Gesellschaft verschränkt sich mit der Aktivität von Sozialwissenschaftlern für Neuloh aber nicht nur dort, wo sie durch Forschung und Expertisen die Politik beraten, sondern mehr noch dort, wo sie selbst zu einer Erneuerung der Gesellschaft beitragen. Eine solche Erneuerung könnte nur von unten ausgehen. Und für eine solche 'Basis'-Aktivität wären die Sozialwissenschaftler prädestiniert wegen ihrer augenscheinlichen Benachteiligung. Gerade nämlich die Tatsache, »daß weder das Studiengebiet der Sozialwissenschaften noch der berufliche Verwendungsspielraum von einem Uneingeweihten auch nur einigermaßen übersehen werden kann« und nur ein ganz kleiner Kreis von Eingeweihten in der Lage ist, »für Studium und Berufsmöglichkeiten einigermaßen brauchbare Ratschläge zu geben«, könnte diesen Beruf attraktiv machen. Die Unbestimmtheit »der Grenzen und Größenverhältnisse, die Zufälligkeit des Berufseintritts und der Berufslaufbahn, die Bedeutung persönlicher Initiative (bieten) dem Berufsanwärter eine in anderen Berufen nicht so ausgedehnte Chance, mit Beweglichkeit, Überlegung und persönlicher Haltung sich einen großen Wirkungsbereich zu schaffen« (ebd., S. 95). Es handelt sich um »Kampfberufe« – und Neuloh zitiert Ausführungen des Handbuchs der Berufe: »Das Studium dieser (sozialwissenschaftlichen; A.D.) Berufe kommt nicht für diejenigen in Frage, die ein ruhiges Leben mit möglichst frühzeitiger Pensionsberechtigung führen wollen.« Obwohl Neuloh durchaus eine Vielzahl von Berufsmöglichkeiten in den Verwaltungen, im Bildungswesen, in den Betrieben etc. sah, schwebte ihm vor, daß nicht konventionell orientierte Sozialwissenschaftler diese Bereiche für ihre Qualifikation quasi erst erobern, damit aber gleichzeitig die jeweiligen sozialen Felder »im Sinn der Sozialwissenschaften« transformieren sollten.

Eine der wenigen abweichenden Positionen wurde – vor Rückkehr der Emigranten Ende der 40er Jahre, vor allem Horkheimers und Adornos – von Heinz Sauer mann, dem Organisator des ersten Soziologentages nach dem Krieg in Frankfurt, vertreten. Er bestimmte die Funktion der Soziologie nicht sozialtherapeutisch, sondern durch ihre Rolle im demokratischen Prozeß. Seiner Meinung nach hatte sich die Soziologie zusammen mit der modernen Demokratie und dem Öffentlichkeitscharakter des sozialen Bewußtseins entwickelt, das an die Einzelwissenschaften Anforderungen zur Lösung sozialer Probleme stellte. Die sozialwissenschaftliche Argumentation war also ein fester Bestandteil des öffentlichen Lebens, das »kritische Bewußtsein der Gesellschaft« (Sauer mann 1949, S. 4). Insofern stellen die Sozialwissenschaften

eine Rationalisierung der Gesellschaft dar, die über die »Desillusionierung der sozialen Lebensbezüge« hinausgeht »zur bewußten Gestaltung der Gesellschaft« (ebd., S. 9). Gerade aber die Tatsache, daß Soziologie eine wesentliche Komponente einer demokratischen und planenden Öffentlichkeit sei, ließ es seiner Meinung nach als geradezu geboten erscheinen, dieses Fach nicht von anderen sozialwissenschaftlichen Fächern durch Gründung sozialwissenschaftlicher Fakultäten zu isolieren, sondern es zu einem allgemeinen Bildungsfach zu machen und es im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten, wie in Frankfurt oder Köln, auszubauen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß in der Nachkriegszeit die meisten Tätigkeitsdefinitionen, mehr oder weniger stark von sozialhygienischen Ordnungsvorstellungen bestimmt, die Aufgabe von Soziologen in der Information, Orientierung und Normierung staatlicher Politiken sahen. Eine demokratische Verbindung der Wissenschaftler zur Bevölkerung, ein geregelter Wissensaustausch und eine wissenschaftliche Bearbeitung von Alltagsvorstellungen wurden nicht erwogen. Die Soziologen konzipierten ihre Praxis als Eigeninitiative, die als ein Element planstaatlicher Steuerung eine systemisch stabile Entwicklung organisieren sollte. Mit anderen Worten, es handelte sich dabei um die Initiative von Experten, die mit ihrem Planungswissen die Gesellschaft und die staatlichen Eingriffe steuerten, um aus der sozialen Frage resultierende Spannungen auszugleichen. Planung wurde als eine Erweiterung des Staates vor allem durch den besonders durch Eigeninitiative gekennzeichneten autonomen Bereich der Wissenschaft konzipiert. Deswegen wurde die Einrichtung einer sozialwissenschaftlichen Ausbildung mit relativ festen Berufsaussichten ins Auge gefaßt, die die geregelte Rekrutierung einer ausreichenden Zahl von sozialwissenschaftlichen Experten mit einem aus Sozialtheologie und Abenteuerum kombinierten Persönlichkeitsprofil ermöglichen sollte. Die Institutionalisierung und Professionalisierung des Faches war also ein allgemein akzeptiertes Vorhaben. Doch mit Ausnahme v. Wieses hatten die meisten der bislang erwähnten Sozialwissenschaftler keineswegs eine entschiedene Vorstellung, wie die Soziologie als eigenständigen Studiengang oder gar als eigenständige Fakultät zu etablieren sei. Den meisten schwebte wohl eher vor, sie im Rahmen der wirtschafts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten in enger Verbindung mit anderen sozialwissenschaftlichen Fächern zu konsolidieren und nicht als Grundlage der Sozialwissenschaften zu privilegieren.

II

Die Soziologen der Nachkriegszeit haben meist eine Konzeption ihres Faches verfolgt, die die Soziologie direkt zwischen einem interventionistischen Staatsapparat und einem unstrukturierten Wissenschaftsfeld verortete. Ihre Politik zielte gleichermaßen auf eine Veränderung beider Pole: die der Staatsapparate, von denen ange-

nommen wurde, daß sie sich rationalisieren müßten, um sozialwissenschaftliche Forschungen initiieren und perzipieren zu können; die der Anordnung der wissenschaftlichen Disziplinen zueinander. Weyers These, wonach die Soziologie dieser Zeit als ein Phantomfach bezeichnet werden muß, weil sie als »wissenschaftliches Fach ohne eigenes Praxisfeld konstituiert« wurde (Weyer 1986 b, S. 94), erscheint aus der hier entwickelten Perspektive eher als problematisch. Neben anderen Argumenten führt Weyer als Begründung an die »Konstruktion eines disziplinären Selbstverständnisses trotz Nicht-Existenz einer disziplinären Struktur« und »das Postulat der Existenz einer genuin soziologischen Methode und eines spezifisch soziologischen Gegenstandes«. Weyer unterstellt dabei implizit, die Soziologie wäre tatsächlich in der Lage, eine integrale Theorie und einen integralen Forschungsgegenstand zu konstituieren. Wahrscheinlicher aber ist, daß die Soziologie nur ein Feld ist, in dem verschiedene, von Intellektuellen verfochtene Gesellschaftskonzepte sich unter Bedingungen der Konkurrenz aneinander abarbeiten und versuchen, eine prekäre Vormachtstellung zu erlangen, die durch die Prozesse der Relevanzverschiebung, des Themenwechsels, des Hervor- und Auftretens neuer Akteure ständig bedroht und verschoben wird. Pirker macht deswegen zu Recht auf die Tatsache aufmerksam, »daß mindestens zwei Generationen von Soziologen – das heißt eine ganze Kohorte von Ordinarien der Soziologie ihr Fach, Soziologie nämlich, gar nicht studieren geschweige denn abschließen konnten« (Pirker 1986, S. 224); und ebenso darauf, daß die Entwicklung »der universitären Institutionalisierung als Fach, die Zunahme der Lehrstühle und der Lehrenden, der Kampf um die Ressourcen für Lehre und insbesondere für Forschung« – daß diese Entwicklung »nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs zwingend angelegt« (ebd., S. 225) und zu erklären wäre.

Das Problem für die Sozialwissenschaftler der Nachkriegszeit war nicht der Mangel an theoretischen Konzepten, sondern deren uneinheitliche Vielzahl. Mit jedem dieser sozialwissenschaftlichen Konzepte war gleichzeitig auch eine Vorstellung verbunden, wie die Soziologen mit ihrem Ideenkorpus Soziologie in der Wirklichkeit agieren und welche materielle Gestalt sie ihm geben sollten. Die Professionalisierung der Soziologie war der Versuch, das Wissenschaftsfeld im »Sinn der Sozialwissenschaften« zu transformieren und die Sozialwissenschaften als ein paradoxes Redegenre an der Grenze von Staat und Gesellschaft zu einem Medium der öffentlichen Willensbildung zu vereinheitlichen und damit zu rationalisieren. Denn die Kristallisierung der Sozialwissenschaften um die Soziologie herum konstituiert ein homogenes Feld, in dem eine geregelte Konkurrenz von wissenschaftlichen Positionen austragbar ist, in dem sich autoritative Personen, kanonisierte Wissensstandards und als evident geltende Ergebnisse herausbilden können, die ihrerseits der Orientierung und Bezugnahme der verschiedenen Akteure der Medien, Parteien und öffentlichen Verwaltungen dienen können.

Das Fach entstand also nicht primär als Funktion der Lehre und der Erziehung, wie das von Kastendiek für die Entwicklung der Politischen Wissenschaft gezeigt wird

(vgl. Kastendiek 1987). Man könnte eher sagen, die Sozialwissenschaftler haben sich unter den Druck der Lehre gesetzt, um auf diese Weise das Problem des epistemischen Charakters ihrer Disziplin zu lösen, der selbst Teil weiterreichender sozialer und politischer Ziele der Soziologen als gesellschaftlicher Akteure war. Die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Professionalisierungspolitiken wurde zugleich zu einer Auseinandersetzung um die Hegemonie zwischen unterschiedlichen Selbstdefinitionen der Gesellschaft. Dazu mußte aber auch ein Monopol soziologischer Definitionsmacht selbst erst etabliert werden, in dem die soziale Auseinandersetzung um die Definition einen Bezugspunkt – die »Gesellschaft« – überhaupt erst finden konnte. Das geschah im Laufe der 50er Jahre vor allem durch die Einrichtung eines soziologischen Studiengangs und der Diplomprüfungsordnung.

Die Politik der Institutionalisierung und Professionalisierung verlagerte sich Anfang der 50er Jahre weitgehend auf einen anderen Personenkreis und wurde vor allem von v. Wiese in Köln und den nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten Horkheimer, Adorno, Pollock und ihren Mitarbeitern am Institut für Sozialforschung (zu denen auch Heinz Maus gezählt werden kann) und schließlich von Stammer, Bülow und Lieber in Berlin verfolgt (vgl. zum folgenden auch Weyer 1984).

Als Schlüssel zur Institutionalisierung der Soziologie wurde allgemein die Ausbildung des Nachwuchses und die Möglichkeiten eines eigenen sozialwissenschaftlichen Abschlusses angesehen. Das Studium der Soziologie galt als sehr zeitaufwendig, da die zu belegenden Veranstaltungen über die Fakultäten verstreut waren und für Prüfungen nicht immer anerkannt wurden. Diese mußten meist im Rahmen der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät abgelegt werden, wo Soziologie zwar gelehrt, doch vor allem wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse verlangt wurden. Ein schnelles oder gar ausschließliches Studium der Soziologie war unmöglich – und das alles angesichts der »schweren ökonomischen Kämpfe«, die den Studenten zwingen, »sein Studium so kompakt wie möglich zu gestalten, um schnell zu einer selbstständigen Existenz zu kommen« (Wanstrat 1950, S. 4). Zwar wurden an der FU bereits 1951 die Voraussetzungen für eine philosophische Promotion in Soziologie geschaffen, doch galt diese Lösung als unbefriedigend, weil die Promotion ein Abschluß war, der vorrangig der innerakademischen Rekrutierung diene. Darüber hinaus aber hatte mit einem solchen Provisorium die Soziologie noch immer keinen autonomen Status, sondern war weiterhin in die traditionelle Disziplinenteilung zwischen Wiso- und Philosophischer Fakultät eingeklemmt und damit faktisch weiterhin ein Aufbaustudium. So wurde in Berlin die Einrichtung eines Diplom-Studienganges ins Auge gefaßt.

Vor allem aber Horkheimer, Adorno und Pollock und die Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung hatten weiterreichende Vorstellungen. Das Institut war ein Lehrinstitut. Die Befähigung und Berechtigung zur Ausbildung von Studenten in Methoden der empirischen Sozialforschung, kombiniert mit philosophischen Kenntnissen, wurde von Horkheimer und Adorno immer wieder emphatisch betont. Im Unterschied zu den meisten ihrer Kollegen hatten sie nicht nur eine objektive soziale

Funktion der Soziologie vor Augen, sondern versprachen sich von einem eigenständigen Soziologiestudium auch eine demokratische Erziehungswirkung auf die Studenten. So war ihrer Meinung nach in der empirischen Forschungspraxis schon ein demokratisches Potential enthalten, da hier jede Stimme gleich viel galt. Zudem würde die Beschäftigung mit empirischen Daten und deren Interpretation zu einer Objektivierung gesellschaftlicher Prozesse zwingen und Vorurteile abbauen. Damit eine solche objektive Analyse aber ihrerseits soziale Entwicklungen nicht pragmatisch auf sachliche Trends verkürzt und Soziologie auf administratives Beratungswissen zusammenschumpft, sollte die »Jugend einmal das Glück einer nicht an Zwecke gebundenen Erforschung der Wahrheit erfahren« (Horkheimer 1951, S. 379). Das Wissen um die Gesellschaft muß deshalb, ohne »die Eigenart der Fächer und Fakultäten im geringsten zu berühren«, mit »philosophischer Kenntnis im weitesten Sinn zusammenkommen« (ebd., S. 380).

Bereits Ende 1952 wurde am Institut eine Prüfungsordnung für Diplom-Sozialwissenschaftler konzipiert, und es bestand eine enge Kooperation mit v. Wiese, von dem eine Unterstützung erwartet werden konnte. Das gemeinsame Anliegen war, den Diplom-Studiengang zu einem offiziellen verbandspolitischen Ziel der DGS zu machen und damit auf die weitere Entwicklung eines einheitlichen soziologischen Studiengangs an allen Universitäten, die Einrichtung von Lehrstühlen und die Erweiterung ihrer Zahl Einfluß zu nehmen. Dennoch ist ein gewisser Vorbehalt am IfS gerade gegenüber bloß verbandspolitischen Zielsetzungen unübersehbar. Ein Soziologiestudium ohne kritische und fachübergreifende Orientierung wurde abgelehnt. Im Zusammenhang der Vorbereitung einer Konferenz über die Lage der Sozialwissenschaften, auf der die DGS Vorschläge zur Einrichtung des soziologischen Studiums erarbeiten wollte, plädierte Maus für das Berliner Modell einer inter fakultativen Zusammenarbeit und gegen die von Wiese ins Auge gefaßte Einrichtung einer sozialwissenschaftlichen Fakultät. Als Argument führte er an, daß die Einrichtung der Soziologie als Fachdisziplin, so notwendig sie sei, eine Bedrohung für die Soziologie wäre, »wenn sie auf ein Fach hin 'disziplinieren' läßt« und die Theorie bereitwillig über Bord geworfen wird. »Wir müßten es erreichen, mit Hilfe der Studienordnung, sowohl ausgezeichnete Spezialisten zu erziehen ... wie sie zugleich lernen sollten, Zusammenhänge zu sehen, in unsere komplexe Kulturen einzudringen ...« (Maus an v. Wiese, 25.12.1952; A I). Die Soziologie als Disziplin führt Maus zufolge zu einer Verengung des wissenschaftlichen Horizonts ihrer Vertreter. Offensichtlich unterstützte Maus die Zielsetzung von Horkheimer, der die Soziologie in die Philosophische Fakultät eingliedern, dafür aber auch Nationalökonomie in das Curriculum aufnehmen wollte – und die Möglichkeit der Kombination beider Ausbildungsmerkmale: Spezialist und 'Universalist' also nur in der Philosophischen Fakultät gewährleistet sah.

Hatte sich Horkheimer in seinen Formulierungen, wieweit die Einrichtung der Soziologie überkommene disziplinäre Grenzen und Fakultätsinteressen berühren und verletzen würde, sehr bedächtig gezeigt, so waren die Beiträge auf der Kölner

Konferenz im März 1953 meist sehr entschieden. Die Gefahr wurde beschworen, daß die Behauptung eines Katalogs alteingeführter Fächer zu einer »Versteinerung im Universitätsbetrieb« führe. In diese »konservative Fächerkombination« müßten die Sozialwissenschaften einbrechen (Wessels, Konferenz 1953, S. 12) und zu einer Förderung des gesamten Wissenschaftsbereiches und einer von hier ausgehenden Synthese beitragen (Specht, ebd., 16). »Die Universität soll den Wandlungen des Wissenschaftsbildes folgen.« (Wessels, ebd., S. 12) Gerade aber die Tatsache, daß die Sozialwissenschaften nicht als akademische Disziplin etabliert seien, führe dazu, daß solche Veränderungen des Wissenschaftsbildes nicht wahrgenommen würden. Denn solange sich die Institutionen der Sozialwissenschaften außerhalb der Universität etablieren und »auf erwerbswirtschaftlicher Basis die Sicherung ihrer Existenz gewinnen müssen«, gälten sie als pseudowissenschaftlich. Das könnte durch eine »Verbindung dieser Einrichtungen mit den Universitäten vermieden werden« (ebd., S. 15).

Doch allen Aufforderungen zum Trotz wurde das Wissenschaftsbild der Soziologie durch die Diskussion in Köln nicht deutlicher. Über eine Addition der bekannten einzelnen Fächer kam die Bestimmung der sozialwissenschaftlichen Disziplin nicht hinaus. So wurde der Kreis dessen, was als Sozialwissenschaft zu gelten hätte, von v. Wiese in seinem Resümee durch die Fächer (Soziologie, Politik, Sozialpsychologie, Sozialpolitik, Anthropologie etc.) festgelegt, die eben noch nicht zum Kanon des etablierten universitären Wissens gehörten:

»Bei unseren Vorschlägen kommt in der Hauptsache nur der engere Kreis, der zumeist jüngere Disziplinen umfaßt, in Betracht. Sie sind neben und teilweise in die seit der Antike gepflegten Fächer ... einzubauen.« (v. Wiese, ebd., S. 72)

Auch wenn der wissenschaftstheoretische Status der Soziologie unklar blieb, einigte man sich auf eine Fachausbildung für angehende öffentliche oder private Sozialbeamte, die nach einem achtsemestrigen Studium ein Diplomexamen ablegen und den Titel eines »Diplom-Soziologen« verliehen bekommen sollten (vgl. ebd., S. 68). Die verbandspolitische Aktivität zur Durchsetzung eines Diplomstudiengangs beschränkte sich weitgehend auf die Initiative v. Wieses und der Mitglieder des IfS (vor allem Adornos), die die Federführung bei der Abfassung der Prüfungsordnung auch nach der Kölner Konferenz innehatten. Denn für sie war eine einheitliche Soziologenausbildung der Schlüssel zu Integration der sozialwissenschaftlichen Fächer – »die Diplomprüfung stelle einen Versuch dar, das weit verzweigte Studium der Soziologie neu zu organisieren«, äußerte sich Horkheimer laut FAZ vom 1.12. 1955 – und ein Mittel ihrer Durchsetzung als kohärente Wissenschaftsdisziplin. Adorno: »Wir müssen den Anschein der 2 Soziologien vermeiden, der wegen der Herkunft aus philosophischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fakultät leicht entsteht... Wir müssen den Nachweis der eigenen Wissenschaft erbringen.« (Sitzungsprotokoll 1953, S. 1). Soziologie als Wissenschaft durchzusetzen hieß also, den Nachweis der Wissenschaftlichkeit dadurch zu erbringen, daß sie über die Organisation einer Prüfungsordnung vereinheitlicht würde.

In Frankfurt war diese Politik erfolgreich, insofern 1954 eine Diplomprüfungsordnung und ein soziologischer Studiengang in der Philosophischen Fakultät von der Landesregierung provisorisch für die Zeit von drei Jahren genehmigt wurde. Es gab jedoch drei entscheidende Hindernisse, die die Politik und Dynamik der Etablierung einer universitären Soziologie bremsten: Fakultätsinteressen, Widerstand in der DGS und mangelnde Berufsaussichten.

Das erste Hindernis war die Konkurrenz der Fakultäten. Ein allzu entschiedenes Vorgehen der DGS würde, so die Sorge von Adorno, vor allem von den Wisofakultäten als Affront und Eingriff in ihren Kompetenzbereich empfunden werden. Damit war die große Gefahr verbunden, daß der Studiengang Soziologie und seine Abschlußmöglichkeiten nur an einzelnen Universitäten etabliert würde. Studienleistungen und Abschluß würden nicht überall anerkannt und so die Attraktivität des Studiums selbst geschmälert. Im Unterschied zu Schelsky, der eher für eine Konfrontation war, entschlossen sich Adorno und v. Wiese, den Frankfurter Entwurf einer Diplomprüfungsordnung als einen Entwurf der DGS zu verschicken und zu betonen, daß es sich um ein akademisches Examen, also um ein »Fakultätsexamen handelt, daß die Kompetenz zur Entscheidung bei den Fakultäten liegt, und daß abweichende Wünsche nach der besonderen Lage an den verschiedenen Universitäten selbstverständlich berücksichtigt werden können« (Adorno an v. Wiese, 3.2.1954; A I). Dieses Beharren auf einem bedächtigen Vorgehen war berechtigt, wie die negative Reaktion der am unmittelbarsten betroffenen Wisofakultät in Frankfurt zeigte.

Ein weiteres Hindernis erwuchs den Frankfurtern innerhalb der DGS aus der Politik Schelskys. Die Durchsetzung eines Diplomstudienganges hing in entscheidendem Maße davon ab, wieweit er von anderen Universitäten übernommen wurde. Denn nur dann war eine gewisse Attraktivität gegenüber den Studenten und eine positive Reaktion der Öffentlichkeit, sprich der diversen zukünftigen Arbeitgeber, zu erwarten. Außer in Frankfurt war die Genehmigung eines Diplom-Studiums 1954/55 nur in Berlin zu erwarten. Schelskys Politik verfolgte aus der Sicht Adornos und Stammers und Liebers in Berlin offensichtlich das Ziel, eine Ausbreitung des Diplom-Studienganges zu blockieren: Schelsky setzte in der DGS einen neuen Beschluß durch, der die Einrichtung eines sozialwissenschaftlich modifizierten Studienganges im Rahmen der Wisofakultäten mit dem Abschluß des Grades eines Diplomvolkswirts empfahl. Doch mußte Schelsky, wie er in einem Brief an Bülow einräumte, eine Niederlage hinnehmen, nachdem dieser Vorschlag von der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1957 abgelehnt worden war und der eigenständige Studiengang als einzige Alternative verblieb.

Ein Grund für den hinhaltenden Widerstand Schelskys lag in seiner Ablehnung einer sozialphilosophisch orientierten Soziologie, die von seiten der an der Dortmunder Sozialforschungsstelle tätigen, häufig ehemals nationalsozialistischen Soziologen, zu denen er selbst im weiteren Sinne gehörte, als eine Bürgerkriegserklärung empfunden wurde (vgl. Papalekas 1947), die sie ihrerseits mit einer Bürgerkriegspolitik

antizipierten (vgl. dazu Weyer 1986a). Schelsky zweifelte aber auch an der Behauptung der Frankfurter, daß ein zunehmendes Bedürfnis nach akademisch gebildeten Soziologen in der objektiven Entwicklung selbst begründet läge. Gemeint war mit dieser Entwicklung die Amerikanisierung und ihre negativen Auswirkungen.

»Die negativen Aspekte dieser Entwicklung verkennen wir keineswegs, aber man kann ihr doch nicht passiv zusehen, ohne dafür Sorge zu tragen, daß sie wenigstens wirklich qualifizierte Menschen vorfinden wird. Jedenfalls, um die Berufschancen der Diplom-Soziologen würde ich mir wenig Sorge machen.« (Adorno an v. Wiese, 11.3.1954; A I)

Im Unterschied zu diesem von Adorno propagierten Optimismus, über dessen Begründung noch zu sprechen sein wird, wurde der Sorge um die Berufsaussichten in der Diskussion zur Diplomprüfungsordnung auch von anderen Seiten Ausdruck verliehen. Die an der Diskussion beteiligten Sozialwissenschaftler äußerten daher häufig die Erwartung, das Juristenmonopol im höheren Verwaltungsdienst brechen zu können. Sie stützten diese Überlegung auf § 19 des Bundesbeamtengesetzes, der auch die Zulassung von Bewerbern mit abgeschlossenem Studium der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vorsah. Es fehlten aber noch die Ausführungsbestimmungen, die auf Länderebene festgelegt werden mußten. An diesem Punkt erwies sich auch der ansonsten erfolgreiche Vorstoß der Frankfurter bei der Schaffung eines Diplom-Studienganges schließlich als eine Falle. Denn auch sie hielten es für unwahrscheinlich, daß das Examen als Aufnahmebedingung für den gehobenen Verwaltungsdienst anerkannt werden würde, da es eben kein staatliches, sondern ein akademisches war (so die Feststellung in einem Memorandum: N.N., Diplomprüfung für Soziologen, wahrscheinlich 1957; A III). Gerade also das Diplomexamen, mit dessen Hilfe die Soziologie als epistemisches Feld konstituiert, homogenisiert und stabilisiert werden sollte, verstellte schließlich die Möglichkeit einer administrativen Berufslaufbahn. Während eine Umwandlung des Diplomexamens in ein Staatsexamen als wenig aussichtsreich galt und zu einem späteren Zeitpunkt versucht werden sollte, blieb das Drängen der DGS und der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik auf eine Präzisierung des § 19 BBG ergebnislos, da das Bundesinnenministerium sich auf das Juristenmonopol festgelegt hatte (vgl. v.d. Gablentz an Plessner, 7.5.1957; A I).

Doch nicht nur die Beamtenlaufbahn war vorläufig verstellt. Den in Frankfurt an der weiteren Entwicklung der Diplomprüfungsordnung Beteiligten, Horkheimer, Adorno und Helge Pross wurde von den Arbeitsämtern, Studenten und den ersten Absolventen signalisiert, daß die Möglichkeiten zu angemessenen Tätigkeiten auch deshalb eingeschränkt wären, weil Soziologen häufig als Sozialisten und Sozialdemokraten angesehen wurden (so die Warnung des Berufsberaters des Frankfurter Arbeitsamtes laut Protokoll einer Besprechung zwischen Horkheimer, Adorno und einigen Studenten am 20.2.1960; A III). Die Empfehlungen waren verschieden. Vor allem Adorno und Horkheimer betonten, das Institut müsse nun mit neuer Energie die Anerkennung des Soziologie-Diploms für die höhere Beamtenlaufbahn durchsetzen. Helge Pross hingegen warnte mögliche Aspiranten vor dem Studium der

Soziologie. Doch war diese Warnung selbst in gewisser Weise double-binding: Die Soziologieausbildung wäre keine Berufsausbildung, sondern eine Berufsvorbereitung. Es existierten keine »festen Karrieren, keine sicheren Planstellen, keine fixierte Besoldungsordnung ... wie in den traditionellen Berufen« (Helge Pross, Vortrag, 1958, S. 5; A III). Deswegen käme es sehr auf die eigene Initiative an, die eigene Stelle auszubauen und Probleme zu sehen und zu bearbeiten. Das Studium der Soziologie wäre riskant, und nur derjenige sollte es aufnehmen, der das Risiko nicht scheue und

»wirklich von der Sache, die er studiert, und später praktisch bearbeite, gepackt ist, der sich ernstlich für die ungezählten gesellschaftlichen Probleme und ihre Erforschung bzw. ihre sachgemäße Regelung interessiert und dem der Gang der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht persönlich gleichgültig ist« (ebd., S. 6).

Die Abschreckung war also gleichzeitig ein Appell an den risikobereiten und verantwortungsbewußten Studenten, mehr noch, der sozial verantwortungsbewußte Student mußte sich fragen, ob er nicht zwangsläufig Konformist sei, wenn er nicht Soziologie studiere. Damit nahm Pross ein Argument wieder auf, das bei Neuloh zum ersten Mal aufgetaucht war, dem aber bereits Adorno eine kritische Stoßrichtung gegeben hatte.

Die Soziologen mußten sich, so hatte Adorno argumentiert, keine Sorge um ihre Berufsaussichten machen, weil sie mit der historischen Entwicklung der Amerikanisierung in gewisser Weise organisch verbunden seien: »In Amerika erwies sich die Notwendigkeit (der Soziologie; A.D.) für die Praxis tatsächlich nach Einführung durch die Hochschulen.« (Adorno laut Sitzungsprotokoll 1953, S. 2) Wenn die Soziologen aber den Bedarf an ihrem Wissen durch ihre Praxis selbst erst schaffen, dann sind sie von vorneherein nicht Vollstrecker einer naturwüchsigen Entwicklung, in die sie gelegentlich bloß korrigierend eingreifen, sondern, gerade weil sie auf diesen Prozeß vorbereitet sind, auch Initiatoren des zukünftigen sozialen Entwicklungsprozesses. Gerade die Inkompatibilität von Bildungssystem und Arbeitsmarkt und die von den Studenten beklagte Diskrepanz zwischen den kritischen Studieninhalten und den realen Berufserfahrungen mußten, so kann Adorno verstanden werden, ständig zu Eingriffen in die sozialen Entwicklungstendenzen anstacheln und ein Zeichen der weiterhin bestehenden und wünschenswerten Dysfunktionalität der Soziologie darstellen. Hier sei nur angedeutet, daß nicht zuletzt dieser Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Studenten und die Akzentuierung der Soziologie als einer gesellschaftlich wenig erwünschten und nicht funktionalisierten Wissenschaftsdisziplin zwei der Hauptgründe für ihre Attraktivität in den 60er Jahren bildeten (so auch die These von Helga Krüger (1972, S. 134)).

III

Seit Ende der 40er Jahre standen die westdeutschen Sozialwissenschaftler vor einer Serie von strategischen Entscheidungen. Das Problem der Konstitution der Sozial-

wissenschaften als universitäre Disziplin wurde transformiert in das der Konstitution der Soziologie. Der Versuch ihrer Einrichtung mündete in die Auseinandersetzung um eine Studienordnung. Die Studienordnung aber hatte ihrerseits einen deutlichen politischen Akzent, da sie nicht nur die theoretische, sondern auch die politische Ausrichtung des Wissenschaftsfeldes Soziologie festlegte. Die Durchsetzung einer soziologischen Prüfungsordnung konnte als eine strategische Entscheidung über die Wissenschaftsdisziplin und deren soziale Entwicklungstendenz, damit aber auch als eine Entscheidung über die gesellschaftliche Entwicklung gelten. Das läßt plausibel erscheinen, warum Horkheimer und Adorno – gerade diejenigen also, die so viele Vorbehalte gegen Staat und Verwaltung einerseits, gegen die kapitalistische Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die mit ihr verbundene Verselbständigung von Expertenfunktionen andererseits hatten – einer auf den ersten Blick so nebensächlichen Frage wie der Diplomprüfungsordnung eine relativ große politische Bedeutung beimäßen und zu Protagonisten der Einrichtung der Soziologie im staatlich organisierten Wissenschaftsfeld und der Rekrutierung professioneller, sprich von den gesellschaftlichen Prozessen getrennter Intellektueller wurden.

»Wir könnten uns sogenannte »kulturpolitische Verdienste« erwerben, wenn wir dagegen ankämpften, dass in Deutschland die Soziologie in Fakultäten gesperrt wird, die praktisch bloß Handelshochschulen sind. Und daß »Kulturpolitik« ein verballhornter Name für Politik ist, haben Sie selbst ausgeführt.« (Horkheimer an Adorno, 30.12.1955; A II, VI 2)

Mittels des Diplomstudiengangs für Soziologen wurde die Soziologie als ein 'linkes' wissenschaftliches Redegenre konstituiert. Das Wissenschaftsfeld wurde zugunsten der Soziologie reorganisiert und eine Vereindeutigung der disziplinären Grenzen der Soziologie gegenüber einem disziplinär unklarerem, status-quo- und sozialtechnologisch orientierten, eher ökonomisch-juristisch geprägten sozialwissenschaftlichen Ausbildungsprofil durchgesetzt. Die staatlich organisierte gesellschaftliche Selbstverständigung konnte auf diese Weise gleichzeitig Fokus demokratisch orientierter, gesellschaftstheoretisch geschulter und kritischer, nonkonformistischer Spezialisten werden.

Sobald sich die Soziologie einmal als Disziplin konstituiert hatte, veränderte sich auch das Verhältnis der Soziologen zu ihr sehr schnell. Sie bekam als Wissenschaft eine solche Evidenz, daß sie praktisch durch sich selbst definiert wurde. 1958 wußte Dahrendorf noch nicht, was Soziologie eigentlich sei. Er wollte deswegen alle die als Soziologen ansehen, die ihre Tätigkeit als soziologische verstanden (Dahrendorf 1958, S. 123). Demgegenüber konnte Lepsius 1961 bereits einen gewissen Abschluß der Neubegründung der Soziologie in ihrer Auseinandersetzung mit anderen Disziplinen feststellen (vgl. Lepsius 1961, S. 41). Aus seiner Sicht bestimmten nicht länger die unterschiedlichen Tätigkeiten der Soziologen den prekären epistemologischen Status der Soziologie. Vielmehr müßten die beruflichen Möglichkeiten der Soziologen aus dem »Wissenschaftscharakter der Soziologie« entwickelt werden (ebd., S. 61).

Offensichtlich war ein politischer Vorteil für eine progressive und deutlich demo-

kratische Orientierung der Soziologie errungen worden. Doch waren die strategischen Optionen, die zur Etablierung der Soziologie führten, in der Etablierung absorbiert worden und mußten auch konzeptionell vertreten und damit gefestigt werden. Gerade weil, wie eingangs angenommen, Gesellschaft keine Universalie ist, sondern sich aus sehr unterschiedlichen und antagonistischen sozialen Praktiken ergibt, wird auch die Soziologie als universitäre Disziplin kaum mit einer konkreten gesellschaftstheoretischen Position notwendig verbunden sein können. In dem Augenblick, in dem sie konstituiert ist, treffen die unterschiedlichen und möglicherweise vagabundierenden Sozialtheorien aufeinander und müssen sich über das kollektive Imaginäre ›Gesellschaft‹ ebenso einigen wie über die konkreten Regeln, nach denen diese Kontroversen und Aushandlungen weiterhin generiert und koordiniert werden. Solange »die deutschen Soziologen der Gegenwart ... noch kaum als abgrenzbare Öffentlichkeit angesprochen werden« konnten, so Dahrendorf, war Kommunikation unter ihnen über Begriffe und Gesellschaftsmodelle unmöglich (Dahrendorf 1958, S. 121). Doch mit der Etablierung der Soziologie, die schon aufs engste mit politischen Positionen verbunden war, wurden nun, wo ein gemeinsamer disziplinärer Bezugspunkt bestand, die Auseinandersetzungen um die Form dieses Redegenres, die erlaubten Aussagen, die berechtigten empirischen Beobachtungen und die akzeptierten Begriffe unumgänglich, und es entspann sich eine Art Vorläufer des Positivismus-Streites. Er zeigt, wenn er auch im Vergleich zu den großen Themen der empirischen Studien und Diskussionen der 50er Jahre nur marginal ist, dennoch daß die Soziologie dieser Zeit weder einheitlich noch nur konformistisch war und sogar unmittelbar als ein Medium der politischen Willensbildung verstanden und praktiziert wurde.

Naheliegender erscheint, daß die Kontroverse zunächst auf methodologischem Niveau gesucht wurde, da auf dieser Ebene über die Konstruktion der Empirie, die Begriffe und die zu untersuchenden Gegenstände, also über die inhaltliche Orientierung der Soziologie gestritten, aber auch eine gewisse Gemeinsamkeit hergestellt werden konnte. So galt das Fehlen soziologischer Kontroversen als ein Zeichen des Konformismus. Kritisiert wurde, daß sich die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen mit Hilfe wissenschaftlicher Argumente tarnten, die durch diesen Mißbrauch in der Öffentlichkeit zur Lüge würden. Notwendig wäre eine offene Austragung der wissenschaftlichen Gegensätze (vgl. Pross 1955, S. 714). Die methodologische Kontroverse, die Pross für die »einzige echte Auseinandersetzung« hielt, sei zentral. Denn in ihr wird ihrer Meinung nach, in politisch neutralerer Form als in der Diskussion über den Marxismus, über die empirischen Methoden der Sozialforschung entschieden. Damit aber auch indirekt über den Gegenstand, der mit dem in den Hintergrund getretenen Marxismus selbst aus dem Blick geriet, die Situation nämlich der »wirtschaftlich, sozial und heute auch politisch schwächsten Schicht« und weiter über das Engagement der Soziologen für die Minderprivilegierten (vgl. ebd., 722).

Pross suchte die methodologische Kontroverse, weil sie auf diese Weise die unter

dem Anschein wissenschaftlicher Neutralität verborgenen unterschiedlichen sozialen Interessen zu offenem Auftreten zwingen wollte. Mit eher 'wertkonservativen' Argumenten griff hingegen Sontheimer den Konformismus der westdeutschen, pragmatistisch orientierten Soziologen (also vor allem Schelsky und die Mitarbeiter der Sozialforschungsstelle in Dortmund) an. Diese Soziologen seien wegen ihrer ordnungspolitischen Ziele konformistisch. Mit den Werten von Harmonie und Gleichgewicht der Gesellschaft hätten sie nur das Funktionieren der Gesellschaft als Ganzes zum Ziel. Als Sozialingenieuren obliege es ihnen, die als bloße Funktion der Gesellschaft, und deshalb als endlos formbar, angesehenen Individuen an die Entwicklungen der Gesellschaft anzupassen (vgl. Sontheimer 1956).

Schließlich kritisiert Tietgens (vgl. 1957, S. 59) die Affinitäten dieser Ordnungsvorstellungen und des methodischen Programms einer pragmatischen und positivistischen Soziologie zum Faschismus. Diese Art von Soziologen muß sich von dem imponieren lassen, was ist, und bestehendes Verhalten zur Norm des zukünftigen machen. Aufgrund ihrer Methodologie und deren politischer Konsequenzen trügen Soziologen wesentlich bei zum Ruin der Demokratie. Die Ergebnisse ihrer Arbeit warnten die politische Führung vor für ihre Herrschaft problematischen Entwicklungen. Sie lieferten die von der Führung benötigten Informationen, um ihr Vorbeugemaßnahmen und Anpassungen an »sentimentale Bedürfnisse« (ebd., S. 59) zu ermöglichen. So würde die politische Führung nicht sachlich über Motive der Bevölkerung informiert und zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen, sondern befähigt, sie zu manipulieren. Damit verschärfe die Soziologie aber die aufgrund der hochgradigen Arbeitsteilung entstandene Distanz der Menschen von den politischen Entscheidungszentren, die Unübersichtlichkeit, das Ohnmachtsgefühl und schließlich das Desinteresse, fördere also die Entmündigung der demokratischen Kontrolleure der politischen Führung.

Mit seiner Kritik am Etatismus der Soziologie verbindet Tietgens den Vorschlag, die Soziologie sollte sich an der gesellschaftlichen Willensbildung orientieren. Danach ist Soziologie einerseits ein Medium der kritischen Bewußtseinsbildung der Menschen; andererseits impliziert die Entwicklung der Soziologie die Entfaltung einer Demokratisierung der Gesellschaft, weil die Führungsgruppen sich ihrerseits demokratisieren, wenn sie sich bereit finden, Kritik und Korrektur von der Soziologie als einer Instanz zu akzeptieren, »die sich außerhalb des Herrschaftsapparates befindet« (ebd., S. 54).

Verfolgt man also die Entwicklung der Soziologie in Deutschland seit den 30er Jahren, so läßt sich beobachten, wie die Soziologie um staatliche Entscheidungszentren gravitiert. Die Sozialwissenschaften sind während aller Phasen in unterschiedlichem Maße Teil des Staates. In den Kontroversen um die Konstitution der Soziologie, die ich hier nachgezeichnet habe, konnte aufgrund einer Reihe günstiger Umstände und der geschickten Politik einiger Akteure die Soziologie als eine demokratische Wissenschaft etabliert werden. Dies aber hat Rückwirkungen auf den Staat selber. Denn es wurde damit gleichzeitig das staatliche Wissensfeld rationali-

siert und demokratisiert. Die etablierte Soziologie wurde zur Basis eines relativ breiten und demokratischen Konsenses unter Sozialwissenschaftlern, aber auch zur Basis neuer Polarisierungen. Wenn die Soziologie ihren Teil zur Demokratisierung politischer Entscheidungen beitrug, so tat sie es doch im Rahmen der herrschenden Arbeitsteilung und stärkte die Verwaltungsrationalität und die Herrschaft von Experten. Nur allzu leicht – so mußte jedenfalls einer der Protagonisten dieses Prozesses, Adorno, befürchten – konnte sie selbst eine der Formen verdinglichenden Wissens werden. Denn auch sie war nur ein Moment der widersprüchlichen Bewegung des Fortschritts und immer noch Teil politischer Herrschaft, so daß keineswegs feststand, ob sie, wenn schon »verändernde gesellschaftliche Praxis die Form der Politik« annehmen muß, eine »Politik zur Abschaffung der Politik war« oder zu deren Festigung beitrug (Adorno an Horkheimer, 25.10.1957; A II, VI 2).

Literatur

Es wurden Archivmaterialien aus folgenden Archiven verwendet: A I = Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mannheim; A II = Max Horkheimer-Archiv der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt; A III = Akten des Prüfungsamtes des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

- Beck, U. / Bonß, W. (1984): Soziologie und Modernisierung, in: *Soziale Welt*, H. 4
- Böhm, M. H. (1946): *Soziologie und Volkslehre im Neuaufbau der Universitäten der englischen Zone*, Universitäts-Archiv Göttingen, K Ordner 5 der Phil. Fak.
- Brunkhorst, H. (1987): *Der Intellektuelle im Land der Mandarine*, Frankfurt
- Dahrendorf, R. (1958): Aspekte der deutschen Soziologie der Nachkriegszeit, in: *Pfade aus Utopia*, München 1986
- Ders. (1965): Soziologie und Nationalsozialismus, in: *Pfade aus Utopia*, München 1986
- Demirović, A. (1988): Hüter der Gesellschaft, in: *Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945 -1950*. Reihe Soziologie. Beiheft 1. Cobet, Chr. (Hrsg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950, Frankfurt (im Erscheinen)
- Evans, P. / Rueschemeyer, D. / Skocpol, T. (1985): On the Road toward a More Adequate Understanding of the State, in: dies. (Hrsg.): *Bringing the State Back In*, Cambridge
- Freund, W.S (1987): Zur Berg- und Talfahrt der Sozialwissenschaften in Deutschland; in: *Soziologie 2/87*
- Freyer, H. (1935): Gegenwartsaufgaben der deutschen Soziologie, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 95. Band
- Golopentia, A. (1937): *Die Information der Staatsführung und die überlieferte Soziologie*, Brasov-Kronstadt
- Horkheimer, M., 1951: Soziologie an der Universität, in: *Ges. Schriften, Bd. 8*, Frankfurt 1985
- Hülsdünker, J. / Schellhase, R. (Hrsg.) (1986): *Soziologiegeschichte, Identität und Krisen einer 'engagierten' Disziplin*, Berlin
- Jantke, C., 1956: Hochschule und Sozialwissenschaft, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 1. Jahr, 1956
- Kastendiek, H., 1987: *The Emergence and Development of West German Political Science as a Discipline of Academic Teaching*; Paper presented to the International Round Table on the Comparative Study of the Development of Political Science
- Klingemann, C. (1986): Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung?, in: *Papcke* 1986

- Ders. (Hrsg.) (1987): *Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland*, Opladen
- König, R. (1959): Wandlungen in der Stellung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz; in: *Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages*, Stuttgart
- Konferenz über die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften* (vom 6. bis 8. März 1953 in der Universität Köln) (Zusammenfassender Bericht über die Tagung) o.O., o.J.
- Krüger, H., 1972: Zur gesellschaftlichen Funktion der Soziologie; in: Klüver, J., Wolf, F.O. (Hrsg.): *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis*. Konsequenzen aus der Studentenbewegung, Stuttgart
- Lepsius, M.R., 1961: *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft*, Wiesbaden
- Lepsius, M.R. (Hrsg.) (1981): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918 - 1945, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 23
- Luhmann, N. (1981): *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München - Wien
- Mayntz, R. (1961): Soziologie in der Eremitage?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*
- MEW: *Marx-Engels-Werke*, Berlin (Ost)
- Negt, O. (1974): *Die Konstituierung der Soziologie zur Ordnungswissenschaft*, Frankfurt
- Neuloh, O. (1950): Berufsmöglichkeiten für Studierende der Sozialwissenschaften; in: *Soziale Welt* 1949/50
- Ohlendorf (1945): Ministerialdirektor Ohlendorf an den Leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung, Graf Schwerin von Krosigk, in: Boberach (Hrsg.) (1965): *Meldungen aus dem Reich*, Neuwied 1965
- Papalekas, J. (1947): *Der synthetische Charakter der Soziologie*. Anmerkungen zur Frage der Überwindung des »soziologischen Bürgerkrieges«, Graz - Zürich - New York
- Papcke, S. (Hrsg.) (1986): *Ordnung und Theorie*, Darmstadt
- Pfeffer, K.H. (1939): *Die deutsche Schule der Soziologie*, Leipzig
- Pirker, T. (1986): Deutsche Soziologie in Westdeutschland nach 1945, in: *Hülsdünker, Schellhase* 1986
- Pross, H. (1955): Die unbekannte Wissenschaft. Vom gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie, in: *Frankfurter Hefte*, H. 10
- Rammstedt, O. (1986): *Deutsche Soziologie 1933 - 1945*, Frankfurt
- Saueremann, H. (1949): Gegenwartsaufgaben der Sozialwissenschaften in Deutschland, in: *Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft*, 105. Band
- Schäfer, B. (1988): Soziologie zwischen Faschismus und Restauration, in: *Wafner* 1988
- Schelsky, H. (1947): *Das Freiheitswollen der Völker und die Idee des Planstaates*, Karlsruhe
- Ders. (1950): Lage und Aufgabe der angewandten Soziologie in Deutschland, in: *Soziale Welt* 1950/51
- Schuster, H. (1987): *Industrie und Sozialwissenschaften*, Opladen
- Sitzungsprotokoll (1953): Sitzungsprotokoll der Universitätskommission für die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften, 24.10.1953 A I
- Spaemann, R. (1959): *Der Ursprung der Soziologie aus dem Geist der Restauration*, München
- Sontheimer, K. (1956): Soziologie als Instrument des Konformismus, in: *Frankfurter Hefte*, H. 8
- Sternberger, D. (1950): *Der Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland*, Washington
- Tietgens, H. (1957): Empirische Sozialforschung und Politische Bildung, in: *Gesellschaft, Staat, Erziehung*, H. 2
- Wanstrat, R. (1950): *Die Aufgaben der soziologischen Forschung und Lehre an der Universität*; A I
- Wafner, R. (Hrsg.) (1988): *Wege zum Sozialen*, Opladen (im Erscheinen)
- Weber, A. (1950): Politische Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung, in: *Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung*. Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin
- Weyer, J. (1984): *Westdeutsche Soziologie 1945 - 1960*, Berlin
- Ders. (1986 a): Der 'Bürgerkrieg in der Soziologie', in: *Papcke* 1986
- Ders. (1986 b): Soziologie – ein Phantomfach?, in: *Hülsdünker, Schellhase* 1986
- Wiese, Leopold v. (1946): Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet, in: *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages*, Tübingen 1948
- Ders. (1948): Der Plan einer sozialwissenschaftlichen Fakultät, in: 1948/49, *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 1948/49, H. 2